

Nicole Bauer

- (A) Bereiche: ob Familienunternehmen, Start-up, Handwerk, Mittelstand oder die Landwirtschaft. Ich sage es ganz deutlich: Wir haben euch im Blick.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Auf Instagram, aber nicht im Plenum!)

Denn wir können auf keine innovative Idee, auf kein Talent und auf keine Geschäftsführerin in spe verzichten, wenn wir unseren Wohlstand hierzulande sichern wollen und wenn die Wirtschaftswende gelingen soll.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Aber leider, meine Damen und Herren, gibt es immer noch viel zu viele Frauen in unserem Land, die vor dem Schritt der Selbstständigkeit zurückschrecken, nicht etwa, weil es an Ideen oder Tatkraft mangelt, sondern, weil es eine Regelungslücke in Deutschland gibt – übrigens nicht erst seit der Ampelregierung. Alle anderen europäischen Staaten haben seit Jahren eine Regelung für den Mutterschutz für Selbstständige.

Es ist schade, liebe Kolleginnen und Kollegen der Unionsfraktion, dass Sie den Handlungsbedarf in Ihrer Regierungsverantwortung nicht gesehen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Dr. Franziska Krumwiede-Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Gereon Bollmann [AfD]: Das ist drei Jahre her! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wir haben auch schon mal zusammen registriert!)

- (B)

Wir haben Verantwortung übernommen, und genau deshalb arbeiten wir nicht an Anträgen,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: ... sondern an Instagram-Posts!)

sondern an tragfähigen, ausfinanzierten Lösungen für einen freiwilligen Mutterschutz für Selbstständige. Das kann Ihnen gefallen oder auch nicht.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das tut es nicht! Ich möchte Lösungen! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Wir arbeiten an Positionspapieren für die SPD!)

Meine Damen und Herren, der Erfinder- und Gründergeist der Frauen in unserem Land verdient unseren Rückenwind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Frauen in der Rushhour ihres Lebens die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Denn der Wunsch nach Kindern und der Familiengründung darf für Gründerinnen und Selbstständige in unserem Land kein Hindernis sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(C)

Für die Unionsfraktion hat das Wort Gitta Connemann.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Jawoll!)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Mütter! Der erste Ultraschall verändert das Leben. Zum ersten Mal sehen Sie das Kind, Sie hören das Herz. Ein Moment voller Glück – normalerweise. Denn für manche Frauen paart sich an dieser Stelle die Freude mit Angst: Angst um ihren Betrieb.

Schwanger- und Mutterschaft können zur Bedrohung der Existenz werden – darüber sind wir uns hier einig –, weil für Gründerinnen und Selbstständige das Mutterschutzgesetz nämlich nicht gilt. Sie müssen für die Zeit vor und nach der Geburt selbst vorsorgen. Und wenn sie überhaupt eine Versicherung finden – auch das gehört zur Wahrheit dazu –, fehlen gerade Gründerinnen die Mittel. Die Folge: Ausfallzeiten führen zu Umsatzeinbußen und im schlimmsten Fall zur Insolvenz. Die Mutterschaft als Pleiterisiko: Damit muss endlich Schluss sein!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn die Alternative ist: Frauen, die eine Familie wollen, machen sich erst gar nicht selbstständig. Dabei braucht Deutschland jede Unternehmerin, ihren Mut, ihre Kreativität, ihren Tatendrang. Ohne Selbstständige keine Wirtschaft, keine Zukunft für dieses Land! Diese starken Frauen braucht das Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb müssen wir die Benachteiligung von selbstständigen Frauen beenden. Darüber besteht hier große Einigkeit, übrigens auch über die Tatsache, dass es Johanna Röh und ihre Mitstreiterinnen waren, die den Finger in die Wunde gelegt haben. Aber wenn Johanna Röh heute hier wäre, dann müsste sie sich verhöhnt fühlen – in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Anke Hennig [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! So ein Quatsch! So ein Blödsinn!)

Denn aus Ihren tränenreichen Sonntagsreden oder aber Ihren Slapstickeinlagen ist kein Handeln geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was haben Sie uns bitte schön hier angeboten? Aussagen wie „Wir haben ein SPD-Positionspapier“ – uuuh! –

(Beifall der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU] – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wow!)

oder „Wir haben Sie im Blick“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Muhanad Al-Halak [FDP] – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Hey!)

Das hilft den Gründerinnen überhaupt gar nicht.

Wir haben hier vor 500 Tagen erstmals konkrete Lösungsvorschläge gemacht:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Nicole Bauer [FDP])

(D)

Gitta Connemann

- (A) im Bereich der Betriebshilfe, im Bereich der Anhebung der steuerlichen Freibeträge, für eine Anlaufstelle. Damals bezeichneten Sie unseren Antrag als überflüssig und sprachen davon, Sie würden an Lösungen arbeiten. Vor 500 Tagen! Statistisch sind seitdem über 900 000 Kinder in Deutschland zur Welt gekommen. Für die betroffenen Mütter hat sich gar nichts getan, haben Sie gar nichts getan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Einzige, was das Familienministerium berichten kann: Es gab eine Umfrage,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Oh!)

und es wird an einer Ideensammlung gearbeitet. – Sie suchen nach Ausreden für Ihre Arbeitsverweigerung, weil Sie selbst erkennen: Es ist lächerlich, was Sie heute hier für ein Schauspiel abhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Wo ist denn Ihr Gesetzentwurf? Sie legen auch kein Gesetz vor!)

Im Ausschuss hieß es übrigens – auch das ist wichtig für die Zuschauerinnen –: Es ist kein Geld da. – Davon wurde heute in dieser Debatte nicht gesprochen. Aber im Ernst: Es werden keine Ausgaben fürs Bürgergeld geschaut. Aber wenn es um selbstständige Frauen in diesem Land geht, dann muss man sagen: Sie schauen in die Röhre.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

- (B) Das sind aber die Leistungserbringer.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Sie können unseren Antrag ablehnen, weil er von der falschen Seite kommt. Aber nichts zu tun, keine Alternative hier vorzulegen, das ist eine Bankrotterklärung.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Liebe Frau Connemann.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Die Frauen in diesem Land haben Besseres verdient als Sie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Leni Breymaier für die SPD-Fraktion ist die letzte Rednerin.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Leni Breymaier (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Staatssekretärin! Die Ministerin ist, wenn ich das richtig sehe, zurzeit bei dem Empfang anlässlich

70 Jahre Familienministerium, bei dem auch all ihre Vorgängerinnen anwesend sind. Ich finde, das ist eine gute Entschuldigung für ihre Abwesenheit. Bislang hat keine ihrer Vorgängerinnen etwas zum Mutterschutz für Selbstständige gemacht. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Connemann, wie erbärmlich ist das denn, jetzt die Bürgergeldempfängerinnen gegen selbstständige Mütter auszuspielen? Tiefer geht es wohl gar nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anke Hennig [SPD]: Niveaulos! – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Dann machen Sie es doch nicht!)

Ich habe mir den Antrag durchgelesen. In den letzten Jahren habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie einen Gesetzentwurf schreiben, wenn Ihnen in der Opposition etwas richtig wichtig ist. Hier fordern Sie die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zu schreiben. Bitte schön, kann man so machen, muss man aber nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Nach Artikel 6 Absatz 4 Grundgesetz hat jede Mutter „Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft“. Gemeinschaft umfasst zum Beispiel bei den Vorsorgeuntersuchungen die Solidargemeinschaft der Krankenversicherten. Innerhalb der Familie ist die Familie die Gemeinschaft. Bei Arbeitnehmerinnen sind die Gemeinschaft die Arbeitgeber, die für die U2-Umlage zahlen. (D)

Gemeinschaft ist ein weites Feld, und Schutz und Fürsorge der Gemeinschaft müssen auch Frauen erfahren, die sich entschieden haben, beruflich selbstständig zu sein, Frauen, die sich in einem von Männern geprägten und von deren Regeln definierten Umfeld behaupten. Schwangerschaft und Geburt sind hier eher nicht vorgesehen, geschweige denn geregelt. Das Grundgesetz gilt freilich auch hier. Die Fürsorge der Gemeinschaft muss auch in der Gemeinschaft der Selbstständigen, auch der Soloselbstständigen, greifen. Die SPD-Fraktion denkt, es ist eine gute Idee, den Mutterschutz erstens einzuführen und zweitens von dieser Gemeinschaft über die U2-Umlage zu finanzieren. Klar kennen wir die Umfragen, dass männliche Selbstständige darauf wenig Lust haben. Kann man verstehen, muss man aber nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben noch drei Punkte zum Mutterschutz auf unserem To-do-Zettel. Das sind die Familienstartzeit, der gestaffelte Mutterschutz bei Fehlgeburten und der Mutterschutz für Selbstständige. Zugegeben, die Betriebshelferinnen sind erst mal nicht dabei; das ist aber ein Stück weit kompliziert. Lassen Sie uns dennoch jetzt damit anfangen.

Der Name ist schon x-mal gefallen. Ich finde es beeindruckend, wenn Betroffene wie Johanna Röh oder beim gestaffelten Mutterschutz auch Natascha Sagorski so viel Energie investieren, damit andere Frauen nicht die glei-